

Freitag 16. April 2021

Einreichende: Landesvorstand der BUNDjugend Berlin und AK Nachhaltigkeit

Deutsche Wohnen und Co. bei ökologischen Fragen Beratung anbieten

Antragstext:

Der BUND Berlin stellt fest, dass der Gebäudesektor fast die Hälfte der Treibhausgasemissionen Berlins verursacht und eine energetische Modernisierung des Gebäudebestandes dringend vorangetrieben werden muss.

Im Rahmen seiner Strategieentwicklung für die Wärmewende in Berlin wird der BUND Berlin insbesondere auch Vorschläge für die ökologische und sozialgerechte Modernisierung von gemeinwohlorientierten Wohnungsgesellschaften erarbeiten. Gerade diese übernehmen eine Vorreiterrolle für eine sozial gerechte, ökologische Modernisierung für den Wohnungsbestand. In diese Strategieentwicklung wird der BUND Berlin auch die Initiative Deutsche Wohnen & Co. enteignen einbinden und mit diesen ökologische Anforderungen an eine mögliche Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen diskutieren.

Um die politische Meinungsbildung zum laufenden Volksbegehren zu unterstützen, soll der BUND Berlin eine Diskussion sowohl in der Kampagne, dem BUND Berlin als auch in der Stadtgesellschaft zu den Chancen und Risiken der geforderten Vergesellschaftung von großen Wohnungsgesellschaften anstoßen. Der BUND Berlin bietet der Kampagne Deutsche Wohnen und Co. enteignen und der Anstalt öffentlichen Rechtes, die entstehen soll, Unterstützung bei Fragen zu den ökologischen Aspekten des Gebäudesektors an. Das Ziel ist es, Vorschläge für den ökologischen Umbau der 240.000 Wohnungen zu erstellen und den gesamten Prozess zu verfolgen.

Begründung:

Ein wichtiger Bestandteil auf dem Weg zu einer klimagerechten Stadt ist der Umbau des Gebäudesektors, denn dieser ist in Berlin für ungefähr 50% der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Dies hat mit der fossilen Energieversorgung und dem schlechten energetischen Zustand der Häuser zu tun.

Alleine die Umstellung auf eine erneuerbare Wärmeversorgung reicht nicht aus, um das Problem zu lösen. Der Berliner Bestand ist zum größten Teil kaum oder noch gar energetisch saniert und verbraucht so mehr Energie als nötig. Es braucht also eine breitflächige energetische Sanierung, die noch im fossilen System Energie effizient und in einem erneuerbaren Versorgungssystem Energie suffizient nutzt beziehungsweise produziert. Der ökologische Umbau des Gebäudebestandes mit nachhaltigen und emissionsarmen Materialien ist eine dringend notwendige Maßnahme unter Vielen, um das Klima zu schützen.

Doch sowohl das Land Berlin als auch private Immobilienkonzerne scheitern schon lange an der Beschleunigung der Wärmewende. Während die Regierung ohne regulative Ansätze im Gebäuderecht auf die Klimakatastrophe zurast, nutzen profitorientierte Immobilienkonzerne noch immer das System der Modernisierungsumlage aus, um die Warmmieten zu erhöhen, was Menschen aus ihren Kiezen verdrängt. Auch wenn es nur wenige Beispiele für gelungene warmmietenneutrale Sanierung gibt: Beteiligungsmöglichkeiten wie sie zum Beispiel in der Struktur einer gemeinwohlorientierten Genossenschaft möglich sind, sind essentiell, um den Klimaschutz im Gebäude voranzubringen

Die Kampagne Deutsche Wohnen und Co. möchte einen großen Teil der Berliner Wohnungsbestände in eine Gemeinwirtschaft überführen, bei der die Mietenden in einem hohen Maße selber über die Verwaltung entscheiden können. Dies hat wie bei der "Märkischen Scholle" (Umweltpreis des BUND 2014) gesehen werden kann, das Potential einer ambitionierten und sozialverträglichen energetischen Sanierung.

Aber für den Klimaschutz ist eine Vergesellschaftung kein Selbstläufer. Bis ein guter Maßnahmenplan fertig gestellt ist, sind Anstrengungen erforderlich. Es müssen Gespräche geführt, Ideen entwickelt und überprüft werden. Gerade weil die energetische Sanierung noch bei vielen Mietenden umstritten ist, muss der Raum für die Debatte gegeben werden und Aufklärung über die Dringlichkeit von Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor stattfinden. Gerade weil in der Kampagne Deutsche Wohnen Enteignen die ökologischen Möglichkeiten einer Gemeinwirtschaft noch kein Thema sind, muss der BUND Berlin hier seine Expertise anbieten und für das Nutzen dieser Chance eintreten.